

RÜCKBLICK

auf die Monate August 2023, 2024 und 2025

tk. Seit 2023 hält der Protest der Bürgerinitiative gegen das LNG-Terminal und gegen die fossile Energiepolitik der Bundesregierung an. Diesmal konzentriert sich der RÜCKBLICK nicht auf ein einzelnes Ereignis, sondern gewährt einen Blick auf den jeweiligen August der Jahre 2023 bis 2025. Bei der Zusammenstellung ausgewählter Ereignisse für diese Monate wird mehr als deutlich, wie über alle Widrigkeiten und den Protest hinweg Entscheidungen der Gaslobby durch- und umgesetzt wurden und werden.

Im Juni 2022 erließ der Deutsche Bundestag das sogenannte LNG-Beschleunigungsgesetz, sodass Genehmigungsprozesse für den Bau von LNG-Terminals (schwimmende Regasifizierungsanlagen für Flüssiggas) beschleunigt und ohne Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) erfolgen konnten.

Die ersten beiden Regasifizierungsschiffe (FSRU) waren in Brunsbüttel und Wilhelmshaven zum Jahreswechsel 2022/2023 in Betrieb gegangen. In Lubmin (Vorpommern) erfolgte der Einsatz der NEPTUNE ab Januar 2023 bevor Mukran als Standort mit der Novellierung des Gesetzes (Juli 2023) beschlossen wurde.

August 2023

Binzer Gutachten

Für den Hafen Mukran war seit Längerem der Ausbau geplant, um z.B. größere Getreideschiffe einlaufen lassen zu können. Die Umsetzung zog sich über Jahre hin, bis Mukran als Standort für das LNG-Terminal auf der Agenda stand und „plötzlich“ der Ausbau starten sollte.

Ein dazu von der Ostseegemeinde Binz in Auftrag gegebenes Gutachten kam aber zu dem Schluss, dass die vom Vorhabenträger Fährhafen Sassnitz GmbH eingereichten Antragsunterlagen zum Vorhaben „Innere Hafengewässer Multipurpose Terminal Liegeplatz 3a 2. BA Liegeplatz 12 LNG-Terminal Mukran Port“ sich zu großen Teilen auf eine frühere Baumaßnahme bezogen und dass deshalb diese nicht zur Bewertung der beantragten Baumaßnahme herangezogen werden können. Das betraf auch die Vorprüfung zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP).

72-stündige Mahnwache in Mukran

Vom 15. bis 18.08.2023 fand in Neu Mukran eine 72-stündige Mahnwache statt. Der gewählte Termin umfasste den Auslegungszeitraum der Antragsunterlagen zum Bau der Rohrleitung zwischen Lubmin und Mukran. Viele Sassnitzer und Inselgäste nutzten die Möglichkeit, sich über den Bau informieren und die Gründe für den Protest erläutern zu lassen. Zugleich lagen Unterschriftenlisten für ein Bürgerbegehren einer Sassnitzer Initiative zur Unterzeichnung aus.

Bergamt-Demonstration in Stralsund

Am 22.08.2023 fand in Stralsund die „Bergamt-Demonstration“ anlässlich der Genehmigung für den Bau der 50 Kilometer langen Rohrleitungen durch den Greifswalder Bodden und die Ostsee statt. Dem Aufruf der Bürgerinitiative folgten LNG-Gegner aus Vorpommern. Sie kritisierten das Vorhaben und das Vorgehen der Landesbehörden.

Richtigstellungsflyer entlarvte Bundesinformation

Ende August erfolgte eine Reaktion auf die mit Steuergeldern finanzierte „Information“ der Bundesregierung zum LNG-Terminal. Sie hatte in einer ganzseitigen Anzeige in der Ostsee-Zeitung (vom 29.07.2023) und im BLITZ sowie in einer Postwurfsendung an alle Haushalte auf Rügen für das LNG-Terminal „geworben“ und auf damit verbundene „Vorteile“ für Rügen verwiesen. Den Text dazu hatte der private Betreiber erstellt, wie sich später herausstellte.

LNG-Gegner verteilten den Richtigstellungsflyer, dessen Druck durch private Spenden ermöglicht wurde, an die Bevölkerung. Darin wurde mit der Mär von der Gasmangellage ebenso abgerechnet wie mit der Verharmlosung der ökologischen und klimapolitischen Folgen der LNG-Politik der Ampelregierung.

Außerdem

Das Pipeline-Verlegeschiff CASTORO 10 legte Ende des Monats im Mukraner Hafen an. Mit ihm wurden später die Rohrleitungen für die ca. 50 Kilometer lange LNG-Pipeline vom Gasknotenpunkt Lubmin bis nach Mukran verlegt. Das Schiff kam bereits bei der Verlegung der Leitungen für Nord Stream 1 und 2 zum Einsatz.

Der damalige Ostbeauftragte und heutige Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) informierte, dass die Bundesregierung zwei Großprojekte in MV finanzieren will. Dazu zählte der Ausbau der sogenannten Vorpommern-Magistrale (Bahnstrecke Berlin – Sassnitz), ein Vorhaben der Vorgängerregierungen, das bis heute nicht umgesetzt wurde.

August 2024

Staatliches Handeln trotz Protest

Die Landesregierung hielt letztlich an der Mär von der Gasmangellage fest - auch wenn Landesumweltminister Dr. Till Backhaus (SPD) am 05.08.2024 verkündete, er habe zum Stand bei der Bundesregierung nachgefragt. Sie negierte vor allem den Willen einer großen Mehrheit der Bevölkerung, Beschlüsse der Gemeinderäte und des Kreistages sowie fundierte Aussagen von Experten gegen diesen LNG-Irrsinn. Der Schaden für Umwelt, Menschen und Demokratie wurde schlicht ausgeblendet.

Betriebsgenehmigung nur für Probetrieb

Bis zur ersten Betriebsgenehmigung hatte es wesentlich länger gedauert als ursprünglich im „Deutschlandtempo“ geplant. Das LNG-Terminal mit zwei Regasifizierungsschiffen (FSRU) ging in den Betrieb, allerdings nur in den Probetrieb. Es waren nicht alle Auflagen vollumfänglich erfüllt. Dazu gehörten z.B. Unterlagen, die nicht in deutscher Sprache übersetzt vorlagen und es betraf Genehmiguvoraussetzungen beim Brand- und Katastrophenschutz, wie die Behörden den Schritt selbst begründeten.

Sonntags-Mahnwachen in Mukran

In Mukran fanden jeweils sonntags Mahnwachen statt, zu denen die Bürgerinitiative als Protest gegen den Bau und den Betrieb der LNG-Störfallanlage aufrief. Sie boten zugleich die Möglichkeit, sich mit den Anwohnern und anderen Aktionsgruppen zu verständigen.

LNG-Terminal mit geringer Auslastung

Ein westdeutscher LNG-Kritiker verwies in einem Schreiben an den damaligen Bundesfinanzminister, dass vom 19.06.2024 bis 08.08.2024 kein LNG in Mukran und Lubmin ankam. Mit Blick auch auf die anderen LNG-Terminals kritisierte er die Finanzausgaben der Bundesregierung zur Umsetzung der LNG-Pläne.

Erst Ende des Monats traf die dritte LNG-Lieferung des Jahres in Mukran ein. Laut Plan waren bis zu 110 Anläufe pro Jahr vorgesehen und genehmigt. Diesmal war es ein Tanker mit Fracking-Gas aus den USA. Damit bestätigte sich erneut, dass klimaschädliches Fracking-Gas importiert wird.

Lärmbelästigung für Anwohner

Lärmbelästigungen begleiteten das Thema LNG-Terminal. Die Anwohner Mukrans nahmen auf ihren Grundstücken eigene Messungen vor und verlangten Maßnahmen zur Lärminderung. Die Bürgerinitiative unterstützte die Anwohner in dieser Frage und kritisierte weiterhin grundsätzlich den Betrieb der LNG-Störfallanlage und die LNG-Politik durch Bund und Land.

Außerdem

Die *Süddeutsche Zeitung* enthüllte anhand interner E-Mails der Bundesregierung, ... dass insbesondere das Bundeswirtschaftsministerium ideologisch motiviert eingegriffen hatte, um das umstrittene Projekt auf der ökologisch sensiblen und touristisch wichtigen Insel Rügen durchzusetzen ...

August 2025

Weiterhin Lärmbelästigungen in Mukran

Erneut beschwerten sich Anwohner Mukrans über Lärmbelästigungen. Sie erwarteten von den Behörden endlich Hilfe statt weitere Beschwichtigungsmittelungen. Sie forderten - analog wie in Brunsbüttel - eine Lärmschutzwand, um die anhaltenden Lärmbelästigungen vom LNG-Terminal im Hafen Mukran zu minimieren.

Neue Seekarte nach Tanker-Vorfall

Nachdem der LNG-Tanker IBERICA KNUTSEN im Mai 2025 bei der Einfahrt in den Hafen Mukran auf Grund gelaufen war und durch Schlepper frei gezogen werden musste, ist zur Vermeidung ähnlicher Vorfälle eine elektronische Seekarte mit einer höheren Auflösung der Tiefendarstellung erstellt worden. Die Tiefenangaben erfolgen seitdem nicht nur für Tiefenlinien in 2, 5 oder 10 Meter, sondern für jeden vollen Meter, wie das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie damals mitteilte.

LNG-Betreiber Sponsor der Sassnitzer Sail GP

Der Stadthafen Sassnitz machte öffentlich, dass der private Betreiber der LNG-Störfallanlage Mukran Sponsor der Sail GP in Sassnitz ist. Die Bürgerinitiative verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass für eine Landstromanlage kein Geld vorhanden sei, aber eine kommerzielle Mega-Sportveranstaltung gesponsert wird.

DUH forderte Betriebsstopp

Medien berichteten, dass die Übergangsfrist für den Betrieb des LNG-Terminals in Mukran ohne

KWK-Anlage (Landstromanlage) abgelaufen ist. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) forderte deshalb einen Betriebsstopp. Die DUH kritisierte zudem, dass es unklar sei, ob den Behörden die Informationen zum LNG-Terminal über Luftreinhaltung und Lärmbelastung vorlägen. Das Umweltministerium wurde aufgefordert, die Nachweise öffentlich zu machen oder im Fall fehlender Messdaten einen Betriebsstopp für das LNG-Terminal anzuordnen.

Das Umweltministerium Mecklenburg-Vorpommern räumte danach: Bereits Mitte Juni war die Übergangsfrist für den Betrieb ohne Landstromversorgung bis Ende 2025 verlängert worden, obwohl das Änderungsgenehmigungsverfahren noch läuft.

Wieder einmal wurde erst im Nachgang das Agieren im Zusammenhang mit dem LNG-Terminal in Mukran öffentlich.

BI-Kritik wegen fehlender Landstromanlage

Die BI kritisierte, dass das LNG-Terminal in Mukran seit Inbetriebnahme für heftige Kritik allein schon wegen der anhaltenden, inakzeptablen Lärmbeeinträchtigungen sorgt. Eine Genehmigung zu verlängern, wenn bekannt ist, dass keine Landstromanlage gebaut wird, ist inakzeptabel, da lärmreduzierende Maßnahmen schon im Jahr zuvor angekündigt waren und die KWK-Anlage vom Betreiber mehrfach versprochen wurde.

Außerdem

Medien berichteten, dass die Gasspeicher in Deutschland nicht wie in den Vorjahren gefüllt wurden, trotz der staatlichen Vorgaben, bis wann Gas in welcher Kapazität vorrätig zu speichern ist.

Die Initiatoren eines in Sassnitz eingereichten Bürgerbegehrens gegen LNG bereiteten sich nach dessen Ablehnung auf das Klageverfahren beim Greifswalder Verwaltungsgericht vor.

August 2026

Auf Drängen von Anwohnern in Mukran und der Bürgerinitiative wurden von der Behörde (LUNG) Messungen, die unabhängig vom Betreiber der LNG-Störfallanlage durchgeführt werden, vorgenommen. Das erfolgte auch deshalb, weil zuvor bei Messungen mit handelsüblichen Messgeräten erneut Grenzwertüberschreitungen dokumentiert und der Behörde übergeben worden waren.

Der *Blitz Rügen* informierte, dass der Landtag ein Anliegen der Bürgerinitiative an die Landesregierung überwies. Sie soll eine von der Bürgerinitiative im September 2025 eingereichte Petition bei Gesetzentwürfen berücksichtigen. Darin war angeregt worden, dass die Entscheidung über ein Bürgerbegehren zukünftig von einer unabhängigen Instanz getroffen wird. Anlass für diese Empfehlung war das abgelehnte Bürgerbegehren in Sassnitz und die Gerichtsentscheidung zur Klage der Initiative.